

Zukunft der Schule und der Hochschule

Bildung trägt zur Persönlichkeitsentwicklung und Verantwortung bei. Sie soll den Einzelnen zu kritischem Denken und zum Lösen von Problemen befähigen. Ziel ist dabei die Fähigkeit zur ständigen Wissensanpassung. Nicht statische Wissensaddition, sondern lebenslanges Lernen zur aktiven Teilhabe an ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen soll erreicht werden. Das deutsche Bildungssystem fällt aber im internationalen Vergleich immer weiter zurück. Dies gilt für alle Bereiche von der Vermittlung von Grundfähigkeiten und -wissen in der Schule bis hin zur universitären Ausbildung und für wichtige Bereiche der angewandten- und Grundlagenforschung. Die mangelnde Qualität im deutschen Bildungswesen ist durch ein Übermaß an Reglementierung und Bürokratie, ideologischen Barrieren und einem eklatanten Mangel an Wahlfreiheit entstanden. Im Rahmen der Bildungsinitiative führt die Stiftung zu den Schwerpunkten Schule und Hochschule Veranstaltungen durch. Nachfolgend werden die Inhalte in Thesenform präzisiert.

I. Schule

„Die Schulformdebatten vergangener Jahrzehnte haben in eine Sackgasse geführt. Nur Eigeninitiative und freie Wahlmöglichkeiten für alle schaffen ein leistungsfähigeres und gerechteres Schulwesen. In kaum einem anderen Politikbereich wurde die Wahlfreiheit der Betroffenen so sehr zugunsten egalitärer Zielvorstellungen eingeschränkt wie in der Bildungspolitik. Paradoxerweise führt dies heute dazu, dass nur noch wohlhabende Eltern ihren Kindern eigenverantwortlich gewählte Bildungswege bieten können.“¹

Private und öffentliche Schulträger (Eltern, Lehrer, Betreiber) sollen eigene Entscheidungen zu Form, Ausrichtung und inhaltlicher Gestaltung ihrer Schulen treffen können. Dabei müssen Schulen ohne staatliche Nivellierung und unter Einbeziehung der Eltern verstärkt zu Werten erziehen. Hochbegabte und weniger ausgeprägte Begabungen müssen erkannt und ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden.

„Vor allem sind eigenverantwortliche Schulen – die staatlich oder privat betrieben werden können – offen für unterschiedliche und an die jeweilige Situation (z. B. Migration und andere gesellschaftliche oder soziale Besonderheiten) angepasste pädagogische Konzepte und Schulprofile. Inhaltliche und formale bürokratische Hürden und Diskriminierungen, auch bei der

Kontakt:
Dr. Peter Altmiks

Truman-Haus
Karl-Marx-Str. 2
14482 Potsdam-Babelsberg

Telefon (+49) 03 31.70 19-131
Telefax (+49) 03 31.70 19-216

peter.altmiks@fnst.org

Internet www.fnst.org

¹ Friedrich-Naumann-Stiftung, Inhaltliche Eckpunkte zur Bildungsinitiative, 2005.

Gründung und dem Betreiben von Schulen in privater Trägerschaft, müssen abgebaut werden.“²

Wir verstehen staatliche Bildungspolitik als Mittel zur Schaffung eines Ordnungsrahmens, in dem sich der individuelle Lernerfolg unter den Bedingungen von Wahlfreiheit und Schulautonomie positiv entfalten kann:

1. Mehr Wahlfreiheit im Bildungswesen: Überall dort wo Wahlfreiheit besteht, kann ein Wettbewerb um die beste Bildung entstehen. Die Politik in den bei PISA führenden Ländern Schweden und Finnland beschränkt sich auf grundsätzliche Fragen, die zentrale Verwaltung insgesamt auf die Evaluation und Beratung von Bildungsinstitutionen. Die kommunalen Schulträger und die einzelnen Schulen verfügen somit in Schweden und Finnland über eine große Eigenverantwortung und Selbständigkeit. In beiden Ländern können die Schulen ein individuelles Profil mit eigenen curricularen Schwerpunkten entwickeln.
2. Die Bildung von parteipolitischen Ideologien befreien: Liberale bevorzugen einen ordnungspolitischen Rahmen, der anstatt pädagogische Methoden und Schulformen vorzugeben, besser auf den Wettbewerb aller Formen und Wege setzt. Der Staat soll Bildung fordern und fördern. Der Wettbewerb benötigt informierte Eltern und Schüler als Nachfrager. In diesem Wettbewerb sollen Familien ohne schulische Nachteile für ihre Kinder umziehen und Lehrer ihren Arbeitsplatz im Bundesgebiet frei wählen können. In jedem Fall müssen die Übergänge zwischen den einzelnen Bildungsstufen im Sinne einer hohen Durchlässigkeit offen bleiben. Die notwendige gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse muss auch europaweit vorangetrieben werden.
3. Bildung muss zu Werten erziehen: Bildung soll vor allem die Werte vermitteln, die für das zivilisierte Zusammenleben und für die Übernahme persönlicher Verantwortung nötig sind. Es muss möglichst früh die Überzeugung entwickelt werden, dass der Einzelne für die Folgen seines Handelns vor allem selbstverantwortlich ist.
4. Eltern müssen mehr Einfluss erhalten: Die Eltern sollen über pädagogische Methoden, Schulform, Unterrichtsform, die Art der Beurteilung der Schüler, Klassengröße und die Auswahl von Projekten selbst entscheiden. Über sozialverträgliche Gutscheinsysteme können Eltern direkt auf ihre Schule einwirken. Aus bei PISA führenden Ländern als auch aus der steigenden Anzahl von freien Schulen in Deutschland ist bekannt, dass eine Stärkung des Elternengagements direkt die Qualität der Schulbildung erhöht.

² Friedrich-Naumann-Stiftung, Inhaltliche Eckpunkte zur Bildungsinitiative, 2005.

5. Bildung ist auch Investition: Um lebenslanges Lernen zu fördern, sollen individuelle Bildungsbudgets eingeführt werden, die z. B. durch Bildungssparen, Bildungsfonds oder Bildungsversicherungen aufgebaut werden. Investitionen in die berufliche Bildung – von Einzelnen sowie von Unternehmen – und Investitionen in Sachkapital müssen gleichgestellt und damit auch der gleichen steuerlichen Behandlung unterworfen werden.
6. Die richtigen Schlüsse aus Vergleichsstudien ziehen: Mit den ernüchternden Ergebnissen der internationalen Vergleichsstudien im Schulbereich versuchen alle bildungspolitischen Akteure jedweder Couleur ihre schon immer propagierten Konzepte (z. B. mehr Einheitsschule, mehr Unterricht) in die Realität umzusetzen. Die Ergebnisse von PISA zeigen hingegen, dass dafür gesorgt werden muss, dass das Lernklima, die Verwaltungskultur und die Ressourcenausstattung in allen Schulen mit den Anforderungen eines effizienten Unterrichts- und Lernprozesses vereinbar sind. Schüler und Schulen erzielen tendenziell höhere Ergebnisse in einem Klima, das durch Disziplin und eine gute Atmosphäre und Arbeitshaltung der Schüler gekennzeichnet ist.³ Zudem ist die Wahrscheinlichkeit besserer Ergebnisse für Schulen mit einer besseren sozioökonomischen Zusammensetzung ihrer Schülerschaft höher. Wahlfreiheit, die Eigenverantwortung von Schulen und die Stärkung der Elternrechte sind wichtige Grundbedingungen zur Schaffung des notwendigen produktiven Klimas und des entsprechenden Engagements der Lehrer in den Schulen.
7. Föderale Vielfalt nutzen: Bildung dient dem Einzelnen und der Entfaltung seiner Individualität. Folglich ist ein erfolgreiches Bildungswesen durch Offenheit gekennzeichnet und kann sinnvoll nur als eine Vielzahl von dezentralen Prozessen begriffen werden. Für diese Prozesse muss das Bildungswesen einen Ordnungsrahmen schaffen, ohne sie durch Verplanung an ihrer Entfaltung zu behindern. In diesem Zusammenhang wird auch die Zuständigkeit der Länder im Bildungswesen aufgewertet. Die bestehende Kultusbürokratie hat nur wenig zu einer höheren Bildungsqualität beigetragen und stattdessen die Schulen bevormundet sowie kreative Lösungen verhindert. Zu viele Mittel im Bildungswesen wurden für bürokratische Prozesse vereinnahmt, anstatt sie den Schulen zu überlassen.
8. Vorfahrt für freie Schulen: Freie, d. h. nicht-staatliche, Schulen erzielen in der Regel bessere Lernerfolge und benötigen dabei weniger Mittel als staatliche Schulen. Sie sind auch in sozial schwächeren Gebieten mit Schülern aus bildungsfernen Schichten erfolgreich. Der kontinuierliche Ausbau von freien Schulen duldet folglich keinen Aufschub. Durch Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen in der

³ Siehe *Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, PISA 2000 – Zusammenfassung zentraler Befunde, 2001.*

Finanzierung und Abschaffung der Schulbezirke wird es automatisch zu einem deutlichen Anstieg von freien Schulen kommen.

9. Freiheit der Mittelverwendung in den Schulen: Eine Verkürzung der Debatte auf die Forderung nach mehr Mitteln (öffentliche oder private) löst nicht die Probleme, die durch falsche Anreize und Strukturen im Bildungswesen entstanden sind. Bildung lebt weniger vom öffentlichen Zuschuss als vom Einsatz der Bürger. Gute Ergebnisse bei PISA sind nicht nur eine Frage der Finanzen. Es wird immer darauf ankommen, die Ressourcen optimal für unsere Kinder und Jugendlichen zu nutzen. Bei künftig sinkenden Schülerzahlen und einer gleich bleibenden Personaldecke muss man deshalb frühzeitig darüber nachdenken, wie die freiwerdenden Kapazitäten zu einer qualitativen Verbesserung des Unterrichts genutzt werden können. Dazu müssen Schulen auch über die Verwendung ihrer Finanzen bestimmen können. Auch hier geben uns Schweden und Finnland gute Vorbilder. Jede Schule erhält Personal- und Sachmittelbudgets in Abhängigkeit von ihrer Schülerzahl. Wandern Schüler ab, erhält die jeweilige Schule weniger Mittel. Diese Effekte lassen sich auch mit einem Gutscheinsystem herbeiführen.
10. Personelle Flexibilität für Schulen: Steigende Wahlfreiheit und mehr Einflussmöglichkeiten der Eltern erfordern flexible Reaktionen der Schulen. Das öffentliche Dienstrecht ist dabei hinderlich und umgehend durch Änderung der Trägerschaft abzuschaffen. Da Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen keine hoheitliche Aufgabe ist und flexible Strukturen nötig sind, ist der historisch überholte Beamtenstatus so schnell wie möglich zu beseitigen. Schulen und deren Leiter müssen Personalhoheit erlangen und auch ausüben. Die Schulleitung ist dabei nicht mehr Primus inter pares, sondern entscheidet als unternehmerische Führung einer Schule über die Einstellung des Personals.
11. Reform der Lehrerausbildung: In der Lehrerausbildung müssen Praktika fortlaufend in den ersten Semestern integriert werden. Denkbar ist eine gemeinsame Ausbildung für Lehrer aller Schularten in einem sechssemestrigen Bachelor-Studium mit Schwerpunkt auf der Vermittlung didaktischer und pädagogischer Kompetenzen sowie fachlichen Grundkenntnissen. Danach kann für Lehrer des Sekundarbereichs in einem viersemestrigen Masterstudium die weitere fachliche Ausbildung und Schwerpunktsetzung erfolgen. Die Vorteile eines solchen modularen Systems liegen auf der Hand: Die angehenden Lehrer werden früh mit der Praxis in den Schulen konfrontiert und können auch ihre Entscheidung und Eignung für den Lehrerberuf kritisch hinterfragen. Zudem kann die fachliche Ausbildung flexibler an den jeweiligen Anforderungen im Bildungswesen angepasst werden. Schließlich können die Absolventen des Bachelor-Studiums sich gegebenenfalls gegen den Lehrerberuf entscheiden und anschließend mit dem Master in einem anderen Studiengang sich anderweitig

beruflich qualifizieren. Auch muss die Notwendigkeit neuer Berufsbilder, wie Förderlehrer oder Schulmanager, erörtert werden.

12. Eigenständigkeit bedarf einer unabhängigen Erfolgsbewertung: Für rationale Entscheidungen im Bildungswesen ist eine von der Politik unabhängige Evaluation der Leistungen der einzelnen Schulen und ihrer Schüler durch unabhängige Agenturen erforderlich. Die Teilnahme an Qualitätssicherungsmaßnahmen und deren Publikation wird vom Gesetzgeber vorgeschrieben. In diesem Zusammenhang und temporär für den Übergang zu einem wettbewerblichen Schulwesen könnten nationale Bildungsstandards eingeführt werden, die die erreichte Qualität messen, die Basis für vergleichbare Evaluationsergebnisse bieten und je nach Fach unterschiedlich detailliert sind. Während in den Naturwissenschaften und Mathematik die Messung der Kenntnisse einfacher ist und die diesbezüglichen Standards detaillierter sind, dürften in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern gröbere Standards sinnvoller sein. Die Ergebnisse der Evaluationen müssen in und mit den Schulen diskutiert werden. Der Erfolg der geplanten Verbesserungen wird dann bei der nächsten Evaluation geprüft. Weiterhin muss an internationalen Vergleichsstudien teilgenommen werden, um aus Erfolgen anderer Länder lernen zu können („best practice“).

I. Hochschule

„In den Zeiten des permanenten Wirtschaftswachstums und der sich daraus entwickelnden Dienstleistungsgesellschaft ist die Zahl der Studierenden ständig gestiegen. In weiten Bereichen hat die Qualität der Hochschulen signifikant abgenommen. Solange wir uns in einem relativ geschlossenen wirtschaftlichen System bewegten und mit einigen wenigen hoch profitablen Wirtschaftszweigen einen stetig steigenden Wohlstand erwirtschaften konnten, war dieser Qualitätsverlust ein noch hinnehmbarer, nur wenige (Bildungs-) Experten beunruhigender Sachverhalt.“⁴

Die zunehmende Globalisierung, neue Partnerländer in der EU und auch hochwertige Fertigungstechniken in Niedriglohnländern verändern unsere Industriegesellschaft in immer schnelleren Schritten. Alle notwendigen Änderungen in unserem Wirtschaftssystem werden unsere Wettbewerbsfähigkeit aber nicht erhalten. Wollen wir unsere soziale Marktwirtschaft und unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten, müssen wir den Weg in die Wissensgesellschaft konsequenter als bisher beschreiten.

Wir brauchen mehr Studierende und kürzere Studienzeiten. „Was wir heute nicht in die Köpfe unserer jungen Menschen investieren, wird uns morgen an unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leistungsfähigkeit fehlen. Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, muss das deutsche Hochschulsystem auch intern von Wettbewerb geprägt sein. Dafür müssen größtmögliche Eigenverantwortung und Selbständigkeit der Hochschulen erreicht werden. Inhaltliche und organisatorische Fragen müssen vor Ort entschieden werden. Private Hochschulen haben dafür beispielhafte Reformmodelle entwickelt und sind weiter zu unterstützen. Gerade hier kann verdeutlicht werden, dass liberale Lösungen, die auf Eigenverantwortung beruhen, besonders Erfolg versprechend sind“⁵:

1. Zunehmende Differenzierung durch Wettbewerb: Wilhelm von Humboldt propagierte die Einheit von Forschung und Lehre. In der modernen Wissensgesellschaft ist diese Einheit jedoch institutionell nicht mehr durchgängig aufrechtzuerhalten. Stattdessen wird nur eine Differenzierung in Organisationstypen mit unterschiedlichen Profilen und Schwerpunkten zu Effizienz- und Effektivitätsgewinnen bei der Generierung und Vermittlung neuen Wissens führen können. Bereits heute findet kostenintensive und über lange Zeiträume angelegte Grundlagenforschung aus guten Gründen vornehmlich an außeruniversitären Einrichtungen (Max-Planck, Fraunhofer, Leibniz, Helmholtz) statt. Auf der anderen Seite gewinnen Fachhochschulen, private Hochschulen und so genannte Corporate Universities an Gewicht. Ihnen ist die Funktion gemein, spezifisches Handlungswissen zu vermitteln und damit wissensbasierte Berufsfelder zu erschließen.

⁴ Friedrich-Naumann-Stiftung, Inhaltliche Eckpunkte zur Bildungsinitiative, 2005.

⁵ Friedrich-Naumann-Stiftung, Inhaltliche Eckpunkte zur Bildungsinitiative, 2005.

2. Klare Entscheidungskompetenzen für die Hochschulen: Für die neuen Formen des Umgangs mit Wissen und die damit verbundene Neujustierung der Fachbereiche sind auch veränderte Organisationsformen notwendig, um trotz des Tempos einer globalisierten und digitalisierten Wissensgesellschaft weiterhin entscheidungsfähig zu sein. Hochschulen sind deshalb auf das angewiesen, was in Unternehmen seit jeher selbstverständlich ist. Ein Management, das für seine Entscheidungen mit allen auch haftungsrechtlichen Konsequenzen verantwortlich zeichnet und damit weitestgehend eigenverantwortlich von der Politik die Interessen der Institution Hochschule umsetzen kann. Es muss daher einen von allen Interessensvertretern und keinesfalls nur unter den Professoren für einmalig mindestens vier Jahre gewählten Verantwortlichen an der Spitze der Hochschule (und der Fakultäten) geben, dessen Vergütung sich gemäß der Größe und Wirkungskraft der Institution an vergleichbaren Entlohnungskategorien auf dem freien Markt richtet. So kann die Leitung einer Hochschule auch aktiv die Politik der Hochschule gestalten. Die Hochschulleitung wird dabei durch ein unabhängiges Aufsichtsgremium kontrolliert, das die Arbeit nach wissenschaftlichen und unternehmerischen Aspekten beurteilt.
3. Freies Personalmanagement: Die Konkurrenz der Hochschulen um die besten Köpfe innerhalb und außerhalb des Wissenschaftssystems verlangt nach umfangreichen Freiheiten bei der Gewinnung und Entlohnung des Personals. Eine staatlich vorgegebene Besoldungsordnung, ein öffentliches Dienstrecht und die weiterhin erfolgende Verbeamtung sind wissenschaftsfremde Kriterien, die Forschung und Lehre an den Hochschulen behindern und oftmals die Einwerbung eines hoch qualifizierten und motivierten Personals verhindern.
4. Gerechtere Finanzierung: Nachlaufende Studienentgelte sind nicht nur ein Instrument, eine bessere Abstimmung (Allokation) zwischen den von der Gesellschaft benötigten Absolventen und den persönlichen Fähigkeiten sowie Neigungen des einzelnen Studierfähigen herbeizuführen, sondern korrigieren vor allem die sozial ungerechte Umverteilung von den mitfinanzierenden Nichtakademikern hin zu den profitierenden Akademikern. Die neuere Forschung belegt zweifelsfrei, dass ein Hochschulstudium das zu erwartende Lebenszeiteinkommen deutlich erhöht sowie dass der private Ertrag auch in einem progressiven Steuersystem den gesellschaftlichen Ertrag formaler Ausbildung signifikant überschreitet. Darlehen und Stipendiensysteme müssen dabei sicherstellen, dass die individuelle Eignung der Studienbewerber und nicht die Herkunft oder Einkommenssituation der Eltern entscheidet. Gleichzeitig erhalten Hochschulen auf diese Weise monetäre Anreize und die Möglichkeit, sich durch Erarbeitung einer erstklassigen Reputation finanziell und in der Folge wiederum fachlich besser stellen zu können. Dies gilt für die Institutionen als Ganzes bis hin zu den einzelnen Lehrstühlen. Zudem wird sich der, der von vorneherein nicht an seine eigene

Studierfähigkeit glaubt, nur bei vollständig kostenlosem Angebot einschreiben. Die Mittel aus nachlaufenden Studiengebühren müssen den Hochschulen direkt zur Verfügung stehen. Parallel dazu soll die Möglichkeit einer sofortigen Entrichtung der Beiträge mit einem Abschlag auf die zu zahlende Gesamtsumme bestehen.

5. Flexible Mittelverwendung bei zunehmender Rechenschaft: Jede Hochschule, die zukünftig öffentliche Mittel erhalten will, muss ohne langjährige Anpassungsfristen von der kameralistischen Buchführung auf eine moderne Kostenleistungsrechnung mit entsprechender Buchführung umstellen. Es ist ein Jahresabschluss zu erstellen, vollständig zu veröffentlichen und entsprechend einem Konzernjahresabschluss von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zu testieren.
6. Wettbewerb um die besten Köpfe: Die Hochschulen werben um die besten Köpfe. Und nicht nur um solche unter den Wissenschaftlern der Welt sondern gerade auch um die besten zukünftigen Abgänger. Die Auswahl der Studierenden spielt eine Schlüsselrolle bei der Verbesserung der Qualität und bei der Profilierung der Lehre einer Hochschule. Bereits heute haben die Hochschulen auch bei zugangsbeschränkten Studienfächern die Möglichkeit, einen Teil ihrer Studierenden über eigene Eignungstests auszuwählen. Diese Freiheit genügt aber nicht. Erst die Möglichkeit einer hundertprozentigen Auswahl der Studierenden eröffnet den Hochschulen die Möglichkeit, ihre Vorstellungen spezifischer Lern- und Lehrbedingungen umzusetzen und damit auch individuelle Leistungsziele zu erreichen. Dies bedeutet, dass Hochschulen sich in einzelnen Fachbereichen auf Studierende mit tendenziell überdurchschnittlichen aber möglicherweise auch bewusst auf solche mit durchschnittlichen Fähigkeiten konzentrieren können und für diese jeweiligen homogeneren Zielgruppen Angebote mit unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen, unterschiedlichen Finanzierungsniveaus und damit natürlich auch differierenden Karriereperspektiven eröffnen können. Die hundertprozentige Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen macht zudem die Arbeit der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen obsolet, so dass diese aufzulösen ist.
7. Mehr Transparenz schaffen: Eine effektivere Auswahl von Studierenden muss dabei von verbesserten Informationsangeboten der Hochschulen begleitet werden. Im Wettbewerb stehende Hochschulen werden Studieninhalte aber auch mögliche Berufsperspektiven interessierten Schülern früh vermitteln. Dies ermöglicht eine bessere Zusammenarbeit und Bindung zwischen Schulen und geographisch nahe liegenden Hochschulen, um Schüler in fortgeschrittenen Klassen mit Abläufen und Anforderungen in Hochschulen vertraut zu machen. Zudem dürften stärker zielgruppenadäquate Informationsangebote der Hochschulen im Internet geschaffen werden, um fachfremden Interessierten die Lehrinhalte verständlich näher zu bringen. Dadurch ließen sich auch die hohen Abbrecherquoten senken.

8. Schnellere Reaktion durch modulare Studiengänge: Kompatibilität mit hochqualifizierten Arbeitsfeldern inner- aber vor allem auch außerhalb der Wissenschaft ist ein Kriterium, das bei der Ausgestaltung der Studienfächer von höherer Relevanz sein muss. Dazu ist der Bologna-Prozess, der neben der Förderung des internationalen Studierenden- und Wissenschaftlertauschs die flächendeckende Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen zum Ziel hat, ein notwendiger Schritt auf einem sich zunehmend globalisierenden Arbeitsmarkt. Für modulare Bachelor- und Masterstudiengänge spricht zudem die Möglichkeit, individuelle Bildungswege zeitlich und thematisch flexibler gestalten zu können, und damit auch den Erfordernissen des lebenslangen Lernens und sich ändernder Anforderungen des Arbeitsmarktes besser zu entsprechen. Ferner können die durchschnittlichen Studiendauern und die Abbrecherquoten gesenkt werden.

9. Mehr Vielfalt im Angebot: Die deutschen Hochschulen müssen der Herausforderung der globalisierten Wissensgesellschaft mit einer Fülle neuer Angebote zur Fort- und Weiterbildung begegnen. Vertun sie diese Chance, laufen sie Gefahr, ihre Schlüsselposition als Quelle höheren Wissens der Bevölkerung einzubüßen und letztlich marginalisiert zu werden. Eine ganze Reihe alternativer Anbieter wird die Schwerfälligkeit der Hochschulen mit privatwirtschaftlichen Angeboten für sich zu nutzen wissen. Auch hier soll die Politik nicht über das Angebot an Studiengängen entscheiden, insbesondere bezüglich deren Dauer und Inhalte. Dabei wird der Wettbewerb nicht zwangsläufig alle universitären Langzeitstudiengänge verdrängen. In technisch komplexen und folglich lehrintensiven Fächern sind z. B. Studiengänge denkbar, die alle daran teilnehmenden Studierenden zum Master führen.